



## **Haushaltsplan 2020**

### **Rede des Fraktionsvorsitzenden Herbert Benzschawel**

#### **-Es gilt das gesprochene Wort-**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Frey,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
verehrte Zuhörer!

das Jahr 2019 geht dem Ende entgegen, Rückblicke werden präsentiert, Resümees gezogen. Wir hingegen müssen bei unserer Haushaltsplanung den Blick nach vorne in Richtung Zukunft richten. Weitaus schwieriger als der Rückblick ist jedoch bekanntermaßen die Vorausschau, weil diese mit vielen Unsicherheiten behaftet ist.

Eine schon oft zitierte Aussage von Willy Brand lautet: **„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten“**. An diesem Leitspruch sollten wir, Gemeinderat und Verwaltung, uns orientieren und im Rahmen unserer Möglichkeiten die Haushaltsplanung gestalten.

Bad Friedrichshall, eine Stadt an der Schwelle zur großen Kreisstadt, muss in den nächsten Jahren richtungsweisende Entscheidungen treffen, die aufgrund unserer angespannten finanziellen Situation sehr herausfordernd sein werden.

Wir müssen uns entscheiden, ob wir zukunftsorientiert unsere Chancen nutzen oder ob wir uns im politischen Klein- Klein und in Einzelinteressen verlieren.

Es gibt viele Bereiche, die neue Ideen und ein gemeinsames Handeln von uns allen erfordern. Die Kommunalpolitik unserer Stadt steht dabei in besonderer Verantwortung. Wir – die SPD-Fraktion – sind uns unserer Mitverantwortung bewusst und nehmen diese an der Seite unseres Bürgermeisters und der Verwaltung an.

Wir stehen dabei auch für das gesellschaftliche Prinzip der Solidarität, das in der heutigen Zeit wichtiger denn je und ein Garant für ein gutes soziales Miteinander ist.

Gleichwohl sind wir nicht blauäugig, uns ist sehr bewusst, dass jegliche Maßnahmen Geld kosten werden und höhere kommunale Einnahmen erforderlich machen.

Bund und Land müssen sich deshalb endlich ihrer Verantwortung bewusst werden und die Kommunen finanziell entlasten, damit diese auch in Zukunft noch handlungsfähig bleiben.

## Finanzen

Unser Kämmerer, Herr Friede, hat uns anschaulich die Zahlen für das Jahr 2020 und für die mittelfristige Finanzplanung dargelegt. Zumindest für 2020 können wir aus heutiger Sicht von einem ausgeglichenen und somit genehmigungsfähigen Haushalt ausgehen. Kreditaufnahmen sind nicht geplant. Ganz deutlich muss man aber auch sagen, dass dies nur möglich wurde, weil viele wichtige Maßnahmen ganz gestrichen bzw. weit nach hinten verschoben wurden und dass wir dadurch mittlerweile einen Investitionsstau von über 40 Mio. Euro vorzuweisen haben.

Wir sind nach wie vor eine finanz- und steuerschwache Kommune und daran wird sich mittelfristig auch nicht viel ändern. Im laufenden Jahr 2019 konnten wir zwar höhere Gewerbesteuererinnahmen verbuchen, diese beruhen jedoch hauptsächlich auf Nachzahlungen und deuten nicht automatisch auf einen positiven Trend für die Folgejahre hin.

Die uns vor Kurzem präsentierte Eröffnungsbilanz für 2018 weist auf der Aktiva Seite ein städtisches Vermögen von über 144 Mio. Euro aus. Dies könnte suggerieren, dass wir eine reiche Kommune sind. Das ist leider nicht so, da dieses Vermögen nicht veräußert und somit auch nicht zur Finanzierung von Maßnahmen herangezogen werden kann.

Der nochmals gestiegene Gesamthaushalt, der sich mittlerweile auf über 50 Mio. Euro beläuft, lässt aber auch erkennen, dass wir im kommenden Haushaltsjahr handlungsfähig sind und hoffentlich auch mittelfristig bleiben werden.

Die Pro-Kopf-Verschuldung konnte erneut reduziert werden und beläuft sich bis Ende 2020 bei der Kämmerei auf voraussichtlich 241 Euro. Im Vergleich mit anderen Kommunen und auch im Landesdurchschnitt ist das ein niedriger Stand, der aber unter Einbeziehung der Stadtwerke und der Stadtentwässerung deutlich höher ausfällt und die tatsächliche Verschuldung pro Einwohner aufzeigt.

Wir unterstützen den Kurs der Verwaltung, die Realsteuern im nächsten Haushaltsjahr nicht zu erhöhen und freuen uns, dass weitere Sparpakete nicht erforderlich waren. Wir gehen jedoch davon aus, dass eine Anpassung in den Folgejahren nicht zu vermeiden sein wird.

Als äußerst problematisch sehen wir den Anstieg der Personalausgaben. Hatten wir im Jahr 2018 noch Ausgaben von etwas über 12 Mio. Euro, ist bis 2023 ein Anstieg von über 3,5 Mio. Euro auf knapp 16 Mio. Euro prognostiziert. Grund dafür sind tarifliche Steigerungen, eine immer weiter wachsende Aufgabenfülle und damit verbunden gestiegene Personalanforderungen. Wir alle müssen uns darüber im Klaren sein, dass kein Weg an einer moderaten Personalsteigerung vorbeiführen dürfte. Eine ständige Arbeitsüberlastung kann Menschen krankmachen. Es liegt auch in unserer Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die ständig steigenden Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu bewältigen sind und gesundheitlich verträglich bleiben.

Trotz einer schwierigen finanziellen Gesamtsituation müssen wir uns darüber Gedanken machen, ob und inwieweit wir Investitionen über Kredite finanzieren sollten. In einer Zeit, in der auf kommunaler Ebene Kredite zinslos zu bekommen sind, muss diese Frage diskutiert werden.

Wir – die SPD-Fraktion – sind nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung gelangt, dass für die Allgemeinheit wichtige Investitionsmaßnahmen auch über Kredite finanziert werden sollten, da eine Realisierung dieser Maßnahmen bei wieder steigenden Zinsen überhaupt nicht möglich sein dürfte.

## **Stadtentwicklung**

Wie ich bereits eingangs ausgeführt habe, werden wir in naher Zukunft die Einwohnerzahl von 20.000 überschreiten und vor der Frage stehen, ob wir uns auf den Weg hin zu einer Großen Kreisstadt machen wollen und sollen. Eine schwierige Frage! Der Imagegewinn wäre enorm, jedoch verbunden mit einem Mehr an Aufgaben, weiterem Raumbedarf und nochmals steigenden Personalkosten.

Ohne überheblich zu sein, können wir die Feststellung treffen, dass Bad Friedrichshall in den letzten Jahren deutlich an Attraktivität dazu gewonnen hat. Eine gute Infrastruktur und die zwischenzeitlich erkennbaren positiven Veränderungen in unserer Stadtmitte haben sicherlich dazu beigetragen.

Wir dürfen uns jedoch nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, sondern müssen unsere Anstrengungen - hin zu einer liebens- und lebenswerten Stadt - verstärken.

Seit Jahrzehnten gibt es in unserer Stadt Überlegungen und Planungen für eine Kulturhalle, die immer wieder aus Kostengründen verworfen wurden.

Unserer Einschätzung nach wäre es an der Zeit, dieses Projekt anzugehen. Es ist schon fast beschämend, dass Bad Friedrichshall keine angemessene Räumlichkeit für kulturelle und städtische Veranstaltungen vorweisen kann. Jede größere und auch kleinere Gemeinde in unserer Umgebung verfügt über die entsprechende Kulturhalle. Diesbezüglich möchte ich nur beispielhaft auf Offenau und Oedheim verweisen.

Die Lindenberghalle ist erkennbar sanierungsbedürftig und nur noch bedingt für größere Veranstaltungen nutzbar. Der Zustand der Halle, die in die Jahre gekommene Technik und baurechtliche Vorgaben machen ersten Schätzungen zufolge Investitionen von mehreren Millionen Euro erforderlich, damit diese auch weiterhin für den Schulsport und als Veranstaltungshalle genutzt werden kann.

Nach unserer Überzeugung wäre dies der falsche Weg. Wir plädieren dafür, dass diese Millionen in eine neue Kulturhalle investiert werden und die Lindenberghalle lediglich als Schulsporthalle ertüchtigt wird.

Ja, uns ist bewusst, dass der Neubau einer Kulturhalle erhebliche Kosten verursachen würde, die nur über Kredite zu finanzieren sind. Auch ist uns sehr wohl bewusst, dass eine Kulturhalle nicht kostendeckend betrieben werden könnte und die laufenden Folgekosten unseren Haushalt nicht unerheblich belasten würden.

Wir sind trotzdem davon überzeugt, dass wir das Projekt „Stadthalle“ jetzt – in Zeiten der 0-Zinsphase - angehen sollten.

Wenn nicht jetzt, wann dann! Wie schon gesagt: Wenn erst die Zinsen wieder steigen, können wir uns eine Kulturhalle mit Sicherheit nicht mehr leisten.

Und es ist deswegen auch richtig und wichtig, dass wir in unserer Klausurtagung im Januar 2020 über ein Hallenkonzept für unsere Gesamtstadt diskutieren.

Als weitere Schwerpunkte der innerstädtischen Entwicklung sehen wir die weitere Belebung unserer Stadtmitte und die Neubebauung bzw. Neugestaltung der Ortsmitte von Alt-Kochendorf.

Um die Stadtmitte nachhaltig zu beleben, ist eine Gastronomie mit Außenbewirtung unerlässlich. Dass die Ansiedlung einer funktionierenden Gastronomie schwierig ist, wurde uns in den zurückliegenden Jahren mehr als anschaulich vor Augen geführt. In der gesamten Stadt ist die Anzahl der Gastronomiebetriebe rückläufig, mehrere etablierte Speisegaststätten haben ihre Pforten geschlossen und wir müssen leider davon ausgehen, dass sich dieser Trend noch fortsetzen wird.

Das dürfte hauptsächlich auf die problematischen Arbeitszeiten und auf die schwierige Personalgewinnung zurückzuführen sein. Tatsache ist aber auch, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Gastronomie immer schwieriger werden. Die enorm gestiegenen Immobilienpreise und die damit verbundenen Kauf-, Pacht- oder Mietpreise lassen sich heute finanziell nur noch schwer darstellen.

Wir müssen uns auch hier die Frage stellen, ob wir Gastronomiebetriebe zumindest an ortsprägenden Punkten in unserer Stadt benötigen und möchten. Wir – die SPD-Fraktion- sind der Meinung, dass Gastronomiebetriebe zur Belebung in unserer Stadt unerlässlich sind und zu einer attraktiven, liebens- und lebenswerten Stadt dazu gehören. Die Nachfragen aus der Bevölkerung sind für uns ein deutliches Signal.

Wenn wir uns jedoch für die Gastronomieansiedlung in bestimmten städtischen Bereichen aussprechen, müssen wir auch die nötigen Rahmenbedingungen schaffen und bereit sein, regulierend einzugreifen.

Eine gewiss schwierige Entscheidung, die nicht unproblematisch ist und auch finanzielle Risiken in sich birgt.

Auf unserer Agenda ganz oben steht auch weiterhin die Neugestaltung der Ortsmitte Kochendorf. Die Planungen sind auf den Weg gebracht und wir hoffen, dass sich Investoren finden, die uns ansprechende architektonische Vorschläge für eine adäquate und ortsprägende Neugestaltung dieser Flächen präsentieren.

Damit verbunden halten wir auch weiterhin an unserer Forderung fest, dass dort, auf dem ehemaligen Nothwang-Areal, eine Nahversorgung, wenn möglich in Form einer kleinen Markthalle, realisiert werden muss.

Wie sich bislang zeigt, ist dies kein leichtes Unterfangen. Den Bewohnern in Alt-Kochendorf hat man schon seit Jahren versprochen, sich für eine Nahversorgung stark zu machen. Diesem Versprechen fühlen wir uns verpflichtet und wir werden deshalb nicht gleich bei den ersten Schwierigkeiten die Flinte ins Korn werfen. Vielmehr müssen wir nach Ideen und Wegen suchen, um eine angepasste Nahversorgung in diesem Bereich zu ermöglichen. Wie sagte einmal der Schriftsteller Charles William Wendt: **„Auf dem Weg zum Erfolg ist, wer begriffen hat, dass Rückschläge nur Umwege sind“**.

## **Bildung, Betreuung und Soziales**

Die hausärztliche Versorgung in unserer Stadt sehen wir – die SPD-Fraktion – als nicht mehr ausreichend an. Wenn ich richtig informiert bin, praktizieren von ehemals 9 Hausärzten aktuell nur noch 4. Viele Bad Friedrichshaller suchen in der Umgebung nach einer Praxis, in der sie unterkommen – sehr oft vergeblich. Dabei steht jetzt schon fest, dass in den nächsten Jahren weitere Ärzte altersbedingt aufhören. Wir – Gemeinderat und Verwaltung – müssen dringend nach geeigneten Lösungen suchen. Als mögliche Lösung sehen wir hausärztliche Medizinische Versorgungszentren an. Kommunale Aufgabe ist es hierbei, für attraktive Rahmenbedingungen zu sorgen.

In den letzten Jahren wurden viele unserer Schulen und Kindergärten saniert oder neu gebaut. Nur beispielhaft sind hier die Sanierung der ehemaligen Realschule - jetzt Otto-Klenert-Schule – und der Bau des Kindergarten Wächterstift zu erwähnen. In den Grundschulen Hagenbach und Jagstfeld wurde die Ganztagesbetreuung eingeführt. Ich denke wir können sagen, dass unsere Betreuungs- und Bildungseinrichtungen auf einem sehr guten Stand sind. Dennoch gibt es noch viel zu tun und der Schwerpunkt unserer städtischen Ausgaben dürfte auch in den nächsten Jahren in diesem Bereich liegen.

Grundsätzlich unterstützen wir die Forderung der Landes-SPD, dass die Betreuung in den Kindertageseinrichtungen, wie auch in anderen Bundesländern, für die Eltern kostenlos sein muss. Das kann allerdings nur unter der Prämisse geschehen, dass die Mehrkosten von Bund und Land übernommen und die Kommunen nicht zusätzlich belastet werden.

## **Wohnen und Arbeiten**

Bad Friedrichshall ist ein attraktiver Wohnort. Angebotene Wohnungen, Häuser und Bauflächen sind innerhalb kürzester Zeit vergriffen.

Die ausgewiesenen Neubaugebiete in der Hübsch-Jörgen-Siedlung, Neuenstädter Straße und Rabenäcker in Untergriesheim werden aktuell schon bebaut bzw. es wird in naher Zukunft damit begonnen. Der Boom auf Baugrundstücke dürfte auch in den nächsten Jahren, in Zeiten der Niedrigzinspolitik, ungebrochen anhalten. Deshalb müssen wir jetzt Überlegungen anstellen, wie die Entwicklung in unserer Stadt weitergehen soll. Es ist höchste Zeit, den Flächennutzungsplan anzupassen.

Dabei gilt für uns auch weiterhin die Aussage „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“, denn dem Flächenverbrauch auf unserer Gemarkung sind Grenzen gesetzt. Wir werden trotzdem nicht umhinkommen, in einem angemessenen Rahmen auch Außenflächen zu entwickeln.

Die Entwicklung auf dem Gebiet des Geschosswohnungsbaus möchte ich als äußerst positiv bezeichnen. In den letzten Jahren sind in Bad Friedrichshall viele Wohnungen entstanden und dieser positive Trend wird sich in den nächsten Jahren noch fortsetzen. Hauptsächlich in der Kernstadt sind über 250 neue Wohnungen geplant. Diese Wohnungen, und das möchte ich als besonders positiv hervorheben, sind nahezu alle im Innenbereich entstanden. Sowohl bereits zuvor überbaute als auch unbebaute Flächen wurden bzw. werden, unter Einbeziehung einer moderaten Innenverdichtung, neu bebaut.

Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass oft bezahlbarer Wohnraum neuen und teuren Wohnungen weichen muss.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen, es ist unsere Aufgabe dafür Sorge zu tragen, dass alle, egal ob Alleinerziehende, junge Familien und Senioren die Möglichkeit haben eine Wohnung finden. Deshalb müssen wir verstärkt auf eine ausgewogene Mischung aus sozial gefördertem und frei finanziertem Wohnraum auf städtischen wie auch auf privaten Flächen achten. Auf städtischen Flächen muss nach unserer Ansicht immer ein hoher Anteil von sozial gefördertem Wohnraum entstehen.

Die SPD-Fraktion hat sich seit Jahren für die Ansiedlung eines verträglichen Gewerbegebietes im Bereich der „Oberen Fundel“ ausgesprochen und stark gemacht. Wir stehen auch weiterhin zu diesen Beschlüssen und freuen uns, dass die Schwarz-Gruppe im Endausbau bis zu 5000 Arbeitsplätze realisieren möchte.

Man kann darüber durchaus geteilter Meinung sein, Tatsache ist aber, dass unsere Haushaltslage angespannt ist und wir dringend erheblich höhere Einnahmen generieren müssen, um unsere bislang gute Infrastruktur zu erhalten, eine qualitativ gute Bildung und Betreuung zu garantieren, den ÖPNV zu stärken, kommunale Klimaziele zu verfolgen, den sozialen Wohnungsbau zu fördern und Straßen und Wege in unserer Stadt zu ertüchtigen. Das sind nur einige Beispiele, ich könnte die Aufzählung unendlich fortführen.

Alle Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine attraktive und funktionierende Stadt. Dazu benötigen wir aber viel Geld und das muss irgendwo herkommen. Auch die Kritiker des Vorhabens „Obere Fundel“ sollten sich dessen bewusst sein.

Wir kommen auch nicht umhin, in der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes, wenn auch in einem moderaten Rahmen, weitere Gewerbeflächen auszuweisen. Zahlreiche Gewerbetreibende in unserer Stadt suchen händeringend Gewerbeflächen, um ihre Betriebe wirtschaftlich zu erhalten oder auszubauen. Darauf müssen wir reagieren, wenn wir diese Betriebe nicht verlieren wollen. Es gilt, in enger Absprache mit den Besitzern der Flächen - meinst den Landwirten - geeignete und machbare Standorte auszuwählen. Sicherlich kein leichtes Unterfangen, wenn man allen Beteiligten gerecht werden möchte.



Bei den noch vorhandenen Gewerbeflächen müssen wir genau abwägen, wer den Zuschlag erhält, zumal es nur noch wenige Flächen zu verteilen gibt.

## **Verkehr und ÖPNV**

Eine sich immer stärker verändernde Stadt, sehr geehrte Damen und Herren, benötigt eine vorausschauende Verkehrspolitik. Insbesondere im Hinblick auf die Ansiedlung der Schwarz-Gruppe auf dem Gebiet der „Oberen Fundel“ müssen wir uns zusammen mit allen Akteuren und Verkehrsexperten mit Nachdruck dieses Themas annehmen. Nur dadurch können wir den Vorbehalten in unserer Bevölkerung entgegenwirken und die Akzeptanz verbessern.

Es ist auch weiterhin unerlässlich, dass wir, vertreten durch unseren Bürgermeister, in alle Planungen des Mobilitätspaktes Heilbronn – Neckarsulm eingebunden sind.

Wir fordern sie - Herr Bürgermeister – auf, sich ohne Nachlassen und vehement dafür einzusetzen, dass die Planungen auf der B 27 im Bereich Jagstfeld bis zur Abzweigung Duttenberg wie vorgesehen zeitnah umgesetzt werden. Wir müssen unbedingt darauf achten, dass unsere vorfinanzierten und fertig geplanten Maßnahmen nicht ins Hintertreffen geraten, wenn benachbarte Kommunen ihre Planungen vorantreiben.

Wir unterstützen die Planungen für ein besseres Radwegenetz auf unserer gesamten Gemarkung. Dabei muss es auch gewährleistet sein, dass das Gewerbegebiet „Obere Fundel“ über den geplanten Rad-Schnell-Weg angeschlossen wird. Auch sind wir der festen Überzeugung, dass eine neue S-Bahn-Haltestelle im Bereich Kochendorf-Nord zwingend erforderlich ist, um eine funktionierende Anbindung des Gebietes zu gewährleisten.

Ein sehr wichtiger Baustein zur Verkehrsreduzierung und einer besseren CO<sub>2</sub> Bilanz in unserer Stadt ist der Ausbau des ÖPNV. Wir werden auch weiterhin alle Überlegungen unterstützen, die eine Buslinie zwischen dem Hauptbahnhof BFH und dem Bahnhof Kochendorf ermöglichen. Ebenso wichtig ist uns eine bessere Verbindung von Untergriesheim und Duttenberg in die Stadtmitte.

Oberste Priorität hat für uns zudem der Ausbau der Frankenbahn. Wir alle dürfen nicht nachlassen, die politischen Entscheidungsträger dafür zu sensibilisieren. Eine Stärkung des Nah- und Fernverkehrs muss unser Ziel sein.

## **Klima-, Umwelt- und Hochwasserschutz**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Klima- und Umweltschutz geht uns alle an. Jede und jeder von uns muss bei sich selbst beginnen und auch wir als Stadt müssen Maßnahmen ergreifen und Vorgaben machen, die zum Klimaschutz beitragen und das Insektensterben reduzieren.

Aus diesem Grund freuen wir uns auch, dass unserem Antrag auf „Verbot von Steinwüsten“ in dem Neubaugebiet „Neuenstädter Straße“ entsprochen wurde. Auch in künftigen Baugebieten darf es unserer Meinung nach keine „Steinwüsten“ mehr geben, ebenso sollten Dachbegrünungen – wenn möglich – vorgesehen werden.

Darüber hinaus sollten wir prüfen, ob die Installation von Photovoltaikanlagen in Neubaugebieten verpflichtend sein sollte.

Das Bauvorhaben der Schwarz-Gruppe im Bereich der Oberen Fundel muss so geplant werden, dass die Ausgleichsmaßnahmen größtenteils auf dem dortigen Gelände umgesetzt und verwirklicht werden. Unserer Einschätzung nach können dort innerhalb der Bebauung und auch im Außenbereich sinnvolle ökologische Flächen entstehen, die sich eventuell sogar positiv im Vergleich zur bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung auswirken.

Der Erhalt von Natur und Umwelt ist für uns von zentraler Bedeutung. Dies ist die Grundlage für eine hohe Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt.

Auch kleine Grünflächen in unserer Stadt sollten deshalb ökologisch sinnvoll aufgewertet werden. Darüber hinaus sollten wir prüfen, ob Flächen entsiegelt und bepflanzt werden können und ob es sinnvoll und möglich ist, unsere städtischen Waldflächen in ihren Randbereichen zu erweitern. Der Bund hat für derartige Maßnahmen entsprechende Fördermittel bereitgestellt.

Damit wir auch in Zukunft von der ausgleichenden Wirkung unseres Stadtgrüns profitieren können, müssen wir bei Neuanpflanzungen darauf achten, dass sogenannte „Klimabäume“ gepflanzt werde. Diese sind besonders resistent gegen Trockenheit, Hitze und Frost.

Die Themen Schadwasser und Hochwasserschutz beschäftigen sehr viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt. Auch wenn bereits einige Maßnahmen realisiert wurden, gibt es noch viele Gebiete in unserer Stadt, in denen noch nichts umgesetzt wurde und es erneut zu erheblichen Überflutungen und Schäden kommen dürfte. Wir müssen uns dieser Thematik dringend annehmen, weil die extremen Wetterlagen zunehmen und auch irgendwann unsere Stadt wieder treffen werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer, die Entwicklungen in unserer Stadt bringen hohe Herausforderungen mit sich. Diese können nur mit Tatkraft und guten Ideen bewältigt werden. Dabei muss soziale Gerechtigkeit unser Anspruch sein.

Im Namen der SPD-Fraktion bedanke ich mich bei den zahlreichen Bad Friedrichshaller Institutionen, Initiativen, Vereinen, Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihr Engagement und ihre Anregungen unsere Stadt unterstützen.

Einen ganz besonderen Dank möchten wir an die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr und des DRK richten, die sich in vorbildlicher Weise für uns alle eingesetzt haben.

Ein Dankeschön möchten wir auch unserem Kämmerer Herrn Friede und seinem Team, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe für ihre geleistete Arbeit aussprechen.

Ebenso möchte ich es nicht versäumen, mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit zu bedanken.





Ein ganz herzliches Dankeschön auch an Sie, Herr Bürgermeister Frey, für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die SPD-Fraktion stimmt den Beschlussvorschlägen zu.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Bad Friedrichshall, den 13.12.2019

Herbert Benzschawel